

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Frühestens möglichst am Samstag.
Jahrestäglich 50 Pf., Einzelnummer 5 Pf.
Buchdruckerei der Reichszeitungsfabrik unter Nr. 4472.

Berantwortlicher Schriftleiter: Fritz Hammer
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Röderstraße 10.
Herausgeber: Dr. Spill - Volksschule Stuttgart 500.

Anzeigenabgabe
für die abgepulten Kolonialzölle oder deren Raum 50 Pf.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die äußere u. innere Sozialisierung

Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens besteht zunächst darin, daß ein Betrieb oder ein ganzer Betriebszweig aus dem Besitz eines oder mehrerer Kapitalisten überführt wird in das Eigentum des Reiches, eines Staates, einer Gemeinde, einer Genossenschaft oder einer zu dem Zwecke gegründeten sozialen Arbeitsgemeinschaft. Diese Überführung kann sich vollziehen auf dem Wege des Macht- oder auf dem Wege der Gewalt. Entweder wird mit dem Vorbesitzer ein Vertrag abgeschlossen, wonach er sein Eigentum gegen eine bestimmte Entschädigung abtritt, oder der Vorbesitzer wird ohne Entschädigung enteignet. Welcher Weg im gegebenen Falle einzuschlagen ist, richtet sich nach den jeweiligen Verhältnissen. Im allgemeinen wird man dem Vorbesitzer eine angemessene Entschädigung zubilligen, falls er jeta Eigentum nicht durch offenkundige, schamlose Ausbeutung oder Bewucherung des Volkes erworben hat; denn es wäre ein Unrecht, ihn seines Eigentums zu beraubten, das er nach der geltenden Rechtsauffassung ehrlich und rechtlich erworben hat.

Wenn diese rein äußerliche Sozialisierung, die sich im Handelsverfahren durchführen läßt, vollzogen ist, so muß die innere Sozialisierung eingeschalten, die aber längere Zeit in Aussprach nimmt. Die äußere Sozialisierung ist ein einmaliger Akt, ein Rechts- oder Gewaltakt, der an dem Wesen eines Betriebes nicht das geringste ändert. Ein sozialisierter Betrieb bleibt, was er gewesen ist, sofern nicht die innere Sozialisierung hinzutreibt, die ihn von innen heraus umgestaltet. Diese innere Umgestaltung ist ein Entwicklungsvorgang und ein Ersatzproblem. Durch die äußere Sozialisierung werden die Produktionsmittel sozialisiert, durch die innere Sozialisierung sollen die an und mit den Produktionsmitteln arbeitenden Menschen sozialisiert, ihre Körpe, Herzen, Gemüter und Willen sollen umgewandelt werden. Die äußere Sozialisierung begleitet man als eine Vergleichsmaßnahme der Produktionsmittel, die innere Sozialisierung begleitet man als eine Vergleichsmaßnahme der Menschen.

Um eine Sozialisierung erfolgreich durchzuführen, müssen die Menschen, die in einem Betrieb arbeiten, durch und fortwährend zu können, muß ein Betriebszweig wie auch die darin beschäftigten Menschen einen gewissen Reisegrad erreicht haben. Es können also zunächst nur solche Unternehmungen in Betracht kommen, die in technischer Beziehung auf den Höhepunkt und dann wird es darauf ankommen, daß die Menschen, die darin tätig sind, entsprechend gebildet und erzogen werden. Da es sich hier um einen Entwicklungs- und Erziehungsvorgang handelt, ist es ein Unding, schon heute von einem Reisegrad sprechen zu wollen, austatt von einem allmächtigen Reisegrad. In Wirklichkeit verhält es sich so, daß die übergroße Mehrzahl der heutigen Menschen noch lange nicht den geistigen und körperlichen Höchstgrad erreicht haben, der zur Sozialisierung erforderlich ist. Wohl steht im deutschen Proletariat eine Summe von Intelligenz und Täglichkeit, von Eachtude, gutem Willen und Tatkräft, wohl gibt es zweifellos schon heute zahlreiche Proletarier und Proletarierinnen, die wohl reis würden, um in einem sozialisierten Betriebe tätig sein zu können, aber es handelt sich hier noch um eine verschwindend kleine Minorität im Verhältnis zu der großen Masse der Untertanen.

Es liegt sehr hochtrahend, wenn Demagogen der Masse Honig ums Maul schmieren und ihr einen hohen Reisegrad andichten, den sie gar nicht besitzen kann. Viel besser ist es, der Masse zu sagen, wieviel ihr noch fehlt, und sie anzuleiten, sich diesen Reisegrad zu erwerben. Wenn man ihr so die Wahrheit sagt, so ist das kein Vorwurf, denn die Rückständigkeit der Masse ist ja nicht ihre eigene Schuld, sondern ist ihr wesentlicher das Verhältnis der herrschenden Klasse, die sie systematisch von den Quellen des Wissens und der Kultur abgesperrt hat. Und das Bewußtsein dieser Rückständigkeit soll die Masse nicht nutzlos machen, so daß sie an der Verwirklichung des Sozialismus verzweift und die Hände in den Schoß legt.

Leider läßt der Bildungsdrang und der Wissensdurst im Proletariat noch viel zu wünschen übrig. Wer geglaubt hat, die Masse würde zu den Quellen des Wissens und der Kultur in hellen Strahlen strömen, sobald ihr die Bohn freigemacht worden sei, ist sicherlich hinter enttäuscht worden. Zumindesten beobachten wir eine wenn auch langsame Wandlung zum Besten. Die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen geben fast alle etablierte Würde, unter den Proletariern und Proletarierinnen Wissen und Bildung zu verbreiten. Die Erfolge sind nicht ausgesieben. Wie ein innerlich gesunder Mensch aus der Erkenntnis, was ihm noch fehlt, den Willen und die Kraft schöpft, weiterzustreben und weiterzuordnen, so wird auch das Proletariat, sobald sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten verhindern, neue Tatkräft, Arbeitsfreude und Schaffensdrang gewinnen, die dazu nötig sind, um das gesteckte hohe Ziel zu erreichen. Es bleibt dem Proletariat nun einmal nichts anderes übrig, wenn es das Ziel der Richtigkeit erweckt und sich befreien will, als daß es seine Gedanken selbst in die Hand nimmt.

Es gibt Gegner der Sozialisierung, die behaupten, in einer sozialisierten Wirtschaft würde der Arbeitsteil schwächen, die Menschen würden gleichgültig und nachlässig arbeiten, weil der Stolz des persönlichen Interesses, der Eigennutz, wegfallen sei. Das ist zweifellos ein Irrtum. Die Geschichte und die Erfahrung lehren, daß eine Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch eine Veränderung der Menschen nach sich zieht. Das Lur und Lachen der Menschen, ihr Verhalten zu- und unterscheiden wird wesentlich beeinflußt durch die Umwelt, in der sie leben. Daraus erklärt sich die unabstrebliche Tatfrage, daß die mittelalterlichen Menschen, die in der Kleingewerblichen Naturwirtschaft standen, ganz anders fühlten, dachten und handelten, als die modernen Menschen, die in einer großkapitalistischen Weltwirtschaft leben. Der Mensch des Mittelalters war zufrieden, wenn er sein standesgemäßes Auskommen hatte, weil eine Ausspeicherung von Geld und Kapital damals unmöglich war. In dem Menschen der Gegenwart aber ist ein Heimweh nach Reichtum, ein schrankenloses Erwerbstreib gezeichnet worden, der alle Schranken der Sitte, der Religion, der Menschlichkeit niederrichtet, der über Leichen geht, wenn er nur seinen Zweck erreicht. So erscheint es als seltsam, daß auch die Sozialisierung im Brabe mit der Bildung, Erziehung und Schulung der Massen die Menschen der Zukunft umwandeln wird, so daß sie ihre selbstsüchtigen Triebe zurückdrängen und im Dienste der Allgemeinheit ebenso pflichtgemäß, sorgsam und peinlich genau arbeiten werden, wie sie es bislang im Dienste des Geldhauses getan haben. Der Glanz an das Gute im Menschen, die Hoffnung auf das Wohle des Gemeinsams, die Liebe zu der kommenden Menschheit, die heilige Dreifaltigkeit muß uns Sozialisten durchglänzen und anfeuern.

Eine wichtige Frage innerhalb der sozialisierten Betriebe ist zweifellos die Frage der Disziplin. Ja jedem etwas größeren

Die Metallarbeiterbewegung Elsaß-Lothringens seit 1918

In die vier Jahre sind vergangen, seit der Elsaß-Lothringische Metallarbeiterverband, ja die Gewerkschaftsbewegung Elsaß-Lothringens überhaupt sich umgestellt haben. Der erste ist hervorgegangen aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, der es trotz der sehr schwierigen Verhältnisse, seit 1892, der Gründung seines ersten (der Straßburger) Verwaltungsstelle zu einer ganz beachtenswerten Mitgliederschaft gebracht hatte. So waren bei Kriegsausbruch in Mühlhausen fast 2000, in Straßburg über 3000 und in Neuf 1500 Mitglieder mit gut eingerichteten Büros vorhanden. Mitglieder wie Einrichtung wurden von dem neu gegründeten Elsaß-Lothringischen Verband übernommen.

Als in der Nacht vom 9. auf 10. November die Revolution auch in Straßburg ihren Eingang hielt und die rote Fahne, wenn auch nur für einige Tage, auf Erwins Münster stellte, kamen die Arbeiter in hellen Scharen zur Organisation. Im Arbeiter- und Soldatenrat, besonders in Straßburg, hatte man sich kurz vor dem Eingang der Franzosen auch um die zukünftige Organisationsform gesammelt. Während Genossen sich den Standpunkt vertreten, die deutsche Form beizubehalten und die deutschen Vertragsnormen weiter zu verfolgen, blieb mit den Hauptvorständen abgerückt worden, der die gegenwärtige Meinung. Es riet, sofort zu brechen und sich den französischen Gewerkschaften anzuschließen. Schließlich lagen die Dinge in anderen Städten.

Die Franzosen zogen am 22. November unter dem Jubel und Krallen der Verbündeter in Straßburg ein, nachdem sie vorher schon in Mühlhausen und anderwärts als die Verbündeten der wiedergekommenen Bourgeois verherrlicht worden waren. Monder unterstet als-deutschsprachiges Kollegen, nichts Gutes ahnend, stand damals zahmknirschend beiseite.

Beide Seiten waren in einzelnen Verträgen die deutschen Arbeiter mehr nicht gerade sonst entzweit worden; als nun die Franzosen einzogen, wurden sie überall herumgeholt auf die Straße geworfen. Nachdrücklich denkende Elsaß-Lothringische Kollegen behaupten aufrichtig diese Missachtungen als auch die Plünderung der Laden und Geschäftsräume durch französische Soldaten. Wollen sie wortlos machlos und mutlos, wenn sie nicht jetzt sofort werden wollen, talentlos zwischen die Verbündeten stecken, welche höchstens bei kampfloser Begegnung R. der Stadt Straßburg, bei dem sie Münster, wo sie die Verbündeten vorzeitig nach Straßburg rückte, die Menge nachströmten, die Frau vom Kastell lösen. Dies alles geschah unter den Augen der französischen Gewerkschaften.

Den Jubel, den man den Verbündeten entgegenbrachte, und die Kussbeweisungen gegen alles Deutsche kann nur der verlieben, der den Druck auf die Elsaß-Lothringische Verbündete, besonders gegen die Arbeiterklasse, kennt, den der den "Schwesterland des Deutschlands" bis kurz vor Kriegsausbruch des Krieges ausgeübt wurde. Wenn auch in den letzten Jahren von 1914 der Elsaß-Lothringen nicht mehr gerade als Partei behandelt wurde, so sollte die alte Freundschaft kurz nach Kriegsausbruch in viel verschärfterer Weise wieder ein. Bei Kriegsbeginn war die Stimmung der Elsaß-Lothringischen Verbündeter zunächst noch überwiegend bei Deutschland. Durch eine geradezu verbrecherische Politik des damaligen herrschenden Offiziersstaates drehte sich das Blatt, die Stimmung der Verbündeter schwung um und richtete sich gegen Deutschland. Die Quäl begann mit der Internierung alter Bürger und Bürgerinnen, ja selbst an sehende Leute von mehr als 70 Jahren wurden ins Gefängnis gelegt oder ausgewiesen. Das geradezu blindmütige Niederbrennen ganzer Dörfer, wie Buzingen, das plötzliche Verschieben der Verbündeter von Dörfern hinter die Front, die schändliche Behandlung Elsaß-Lothringischer Soldaten bei deutschem Truppenstellen, das wohnfeste Verhalten bei Urlaubsgewährung für Heimatsoldaten in ihre Heimat trugen nicht dazu bei, Stimmung für Deutschland zu machen.

Unter solchen Umständen war es ausgeschlossen, daß eine regelmäßige Überführung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zum Elsaß-Lothringischen oder französischen Metallarbeiter-Verband vor sich gehabt wurde. Nochdem Kollege Sch., der seit 1900 die Führung der Verbündeter Straßburg innehatte, von den Franzosen verhaftet und nach viermonatiger Unterweisung ausgewiesen worden war, rief man eine Verbündeterung ein, wozu aber nur allseitliche Mitgliedschaft geladen wurde. In dieser Sitzung beschloß man, sofort an der Sitzungsmarke zu drücken und eine Generalversammlung einzuberufen, um ihr die Entlastung zu unterteilen. Zwischen Straßburg, Mühlhausen und Reims begann nun ein Streit darüber, wem die 50.000 A. erobert sollten, die Kollege Sch. während der Revolution vom Vorstand des DMR geholt hatte, um der durch Kriegerbefreiung hervergerufenen Rat der Straßburger Mitglieder des DMR zu steuern. Man einigte sich lästiglich, die Summe zu teilen, wobei Straßburg die größte Hälfte zu sich zog. Dann ging man dazu über, für die Gewerkschaften von Elsaß-Lothringen eine neue Organisationsform zu schaffen. Am 5. Januar 1919 wurde von einer Konferenz aller Gewerkschaften des Bereichs der neuen Form beschlossen. Hierüber berichtete das neue Elsaß-Lothringische Gewerkschaftsbündnis "L'Union Syndicale" (Der sozialisierte Arbeit) in seiner ersten Räumung folgendermaßen:

Die bisherigen Gewerkschaften oder Sozialisten in Straßburg, Mühlhausen und Reims treiben bestehen, ihr Wirkungskreis aber wird auf das ganze Département ausgedehnt. Die bisherigen Verbände vereinigen sich, ihre Zahl wird bedeutend verringert. Die so gebildeten Syndicats des Départements bilden das Syndicat und Delegierten der ganzen Organisation. Ihre Delegierten bilden Vorsitze in Mühlhausen, Reims und Straßburg eine Union Locale, welche das gesamte Gewerkschaftsbündnis darstellt. Alle drei Delegierten bilden die Union des Syndicats d'Aisne et Lorraine. Diese Union schließt sich der "Confédération Générale du Travail" (französischer Gewerkschaftsbund) als Gesamtvertretung an und bildet an diese einen gewissen Beitrag.

Gemeißelte füllt man für die Metallarbeiter einen departmentalen Gewerkschaftsbund vor, und zwar nach den bestehenden Départements Saar-Rhein, Bas-Rhin und Moselle (Oberstein, Niederrhein und Nofel). Jeder Département kommt einen Deputierten, die Deputierte als solche waren dem Elsaß-Lothringischen Metallarbeiter-Verband angegliedert. Unter sich unterteilt die Deputierte zur einer lokalen Verbündeter. Erst kam man zu einer freien Form. Bereits am 21. Dezember 1919 tagte in Straßburg eine Generalversammlung des Unterfränkischen Metallarbeiter-Verbandes, zu folgendem Beschuß gekommen:

"Die Unterfränkische Generalversammlung beschließt, den Vorstand zu beauftragen, in aller Stärke eine Konferenz der drei Elsaß-Lothringischen Metallarbeiterverbände einzuberufen, um sich mit der Verschmelzungslage eingehend zu beschäftigen."

Lebt eure Zeitung!

Die Metallarbeiter-Zeitung dient der Aufklärung und Bildung der Mitglieder. Sie lebt offiziell viele Millionen. Diese Riesensumme sind Verbundbeiträge. Wer die Zeitung nicht liest und sie zum Leben zu halten unwillig ist, der kann sie nicht weiterleben, vergebend Verbundbeiträge. Verbundbeiträge sind die eigenen Kosten.

Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1921

Im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund waren im Jahre 1921 49 Centralverbände zusammengeschlossen. Die gesamte Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 7.751.957 gegen 8.032.057 am Ende 1920. Der Verlust von 280.110 Mitgliedern liegt auf das Auscheiden des Verbandes der Angestellten aus dem ADGB zurückzuführen. Im Jahresdurchschnitt zahlte der ADGB 7.567.978 Mitglieder, darunter 5.896.412 männliche, 1.518.341 weibliche und 153.225 jugendliche. Die Zählung der Jugendlichen wurde erstmalig vorgenommen und ihre Zahl sank noch nicht als vollständig angelegten werden. Von den 49 dem ADGB angeschlossenen Centralverbänden hatten 10 bis 10.000, 11 über 10.000 bis 25.000, 5 über 25.000 bis 40.000, 11 über 50.000 bis 100.000 und 12 über 100.000 Mitglieder im Jahresdurchschnitt.

Das Bestreben, die Beitragsklassen zu vereinheitlichen, hat sichere Fortschritte gemacht. Dieses Versuchen trugt am besten der Centralverband Mecklenburg durch die automatische Anpassung der Höhe der Beiträge an das Einkommen des Mitgliedes. Auf jedes Mitglied entfiel 1921 von den Beitragseinnahmen im Durchschnitt 156.45 M gegen 89.17 M im Vorjahr. In Beiträgen wurden 1921 im ganzen 3.184.112.233 M vereinbart. Die Gesamtneinnahme belief sich auf 1.249.248.347 M, sie ist um 502.133.908 M höher als im Vorjahr. Die Gesamtausgabe betrug 904.371.573 M, sie ist gegen 1920 um 360.556.958 M gewachsen. Am Schluß des Jahres war ein Vermögensbestand von 508.676.066 M vorhanden, ohne die Bestände der Centralverbände, Pachtmieten und Metallarbeiter, die keine Angaben darüber machen. Für Unterstützungen wurden ausgegeben 165.191.144 M gegen 101.867.316 M im Vorjahr. Darunter sind die hervorragendsten Kosten 68.217.763 M (1920 53.555.538 M) für Arbeitslosen- und 71.615.542 M (35.474.205 M) für Krankenunterstützung. Für die Führung der wirtschaftlichen Kämpfe wurde einschließlich der Streik- und Gewahrsamunterstützung die gewaltige Summe von 257.650.099 M verausgabt. 1920 beliefen sich diese Kosten auf 111.672.803 M. Es wurden weiter verausgabt für Bildungs Zwecke 71.870.508 M, für Agitation, Konferenzen, Verbundstage, Beiträge an Ortsausschüsse und Sekretariate usw. 135.367.794 M. Die Verwaltungskosten der Hauptverbänden beliefen sich zusammen auf 42.826.289 M und die der Sonn. Bezirks- und Ortsverwaltungen auf 231.525.739 M.

Von den sonstigen Gewerkschaftsgruppen der Handarbeit kommen wir in Betracht die deutschen Gewerkschaften (Kirch-Dünster) und die christlichen Gewerkschaften. Beide Organisationen verfügen über öffentliche Ausschüsse in ihren Zentralorganen, auch alljährlich gehaltenen jährlichen Berichten über ihren Stand. Zu den deutschen Gewerkschaften gehören 1921 16 Organisationen. Die Gesamtmitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 224.397, davon 23.375 weibliche. Gegen das Vorjahr ist eine Abnahme von 1401 Mitgliedern eingetreten. Angaben über die Stoffverhältnisse liegen nur von 12 Organisationen vor. Die Gesamtneinnahmen beliefen sich auf 23.207.566 M und die Gesamtausgaben auf 18.388.258 M.

Dem Reichsverband der christlichen Gewerkschaften waren 1921 12 Verbände angeschlossen. Im Durchschnitt des Jahres waren im ganzen 986.243 Mitglieder, darunter 232.250 weibliche vorhanden. Es liegt gegen das Vorjahr ein Verlust von 90.449 Mitgliedern eingetreten, der jedoch dem Auscheiden von mehrere Städterbeiter- und Stadtbauangestelltenorganisationen zugeschrieben ist. Diese waren im Vorjahr im Gesamtverband mit 172.475 Mitgliedern vertreten. Von den entzogenen Verbänden haben fünf über 100.000 Mitglieder, und zwar führen die Verbände der Metallarbeiter 227.516, Bergarbeiter 169.751, Bergarbeiter 117.950, Fabrikarbeiter 108.189, Landarbeiter 103.722 Mitglieder. Es wurden 1921 im ganzen 145.333.595 M vereinbart, davon Kosten 135.001.178 M aus Beiträgen. Die Gesamtneinnahme belief sich auf 83.659.648 M.

Deutschnationaler Röder für christliche Gewerkschafter

Die Deutschnationalen Volkspartei, Regier. Schleifer, verleiht ein neues christliches Mandat (Nr. 120), wonach es zu einer feierlichen Eröffnung der Christlichen Partei. Ihr entscheidender Gegner im politischen Kampf ist die Deutschationale Volkspartei und im wirtschaftlichen Hintergrund sind es die christlichen Gewerkschaften.

Diese beiden großen Verbände haben sich zusammengefügt zum gemeinsamen Kampf gegen ihren gemeinsamen Feind. Das war um so leichter, da ja die Führer der christlichen Organisationen Röder, Schleifer, Laubach selbst Mitglieder der Deutschen Volkspartei sind. Beide wollen sich gegenseitig unterstützen, um einerseits die Jahrzehnte verdeckten und irrgängigen Arbeiterschaften auf den rückwärtigen Klosterrampf einzuführen, freies Gewerkschaften zu lösen, andererseits aus der auf dem Internationalismus eingesetzten Sozialdemokratie herauszutreten.

Die Deutschnationalen Volkspartei steht nun in allen Kreisen die auf nationalen Boden stehenden Arbeiter innerhalb der christlichen Gewerkschaft zu einem immer mehr nach rechts gerichteten Stand zusammen mit dem Ziel wirtschaftsfreudiger Verteilung der Arbeitsergebnisse und Zusammenfinden zum nationalen Volksschatz. Wir können das Bildnis der christlichen Gewerkschaften mit dem eben angeführten Ziele innerhalb der Arbeiterschaft am besten beschreiben, daß wir alle Landarbeiter und Fabrikarbeiter, die Lohnarbeiter bezüglich ihrer Besitzungen, bitten, bei allen Verhandlungen mit den Gewerkschaften über Lohnforderungen zu untersagen, mit den Vertretern der christlichen Gewerkschaften zu verhandeln und die Vertreter der freien Gewerkschaften sowie als möglich hinzuhören, wo und unter welchen Verhältnissen werden soll, dem christlichen Vertreter ein größeres Entgegenkommen zu zeigen. Es mag dadurch in den Arbeitern die Gewissheit geben, daß durch das Einsetzen in die christlichen Gewerkschaften ihr wirtschaftlicher Stand nicht schlechter und unzureichender erreicht wird. Mit diesem Gefühl kommt dann von selbst die Festigung des nationalen Gedankens, das ja die Saatähnlichkeit zur Deutschnationalen Volkspartei.

Dagegen zu betonen: Die Deutschnationalen, offizielle Reaktionäre des christlichen Politikers, denen jede Waffe gegen die Arbeiterschaft nicht weit genug ging und geht, müssen den christlichen Gewerkschaften entgegenstehen. Der Zweck der Röder ist ja, die christliche Gewerkschaft für arbeiterschaftliche Zwecke zu benutzen. Dazu wird er die Mittler einzurichten, die bestimmten Gewerkschaften wie Müller, Petrus und Co. gehörte. Das kann den christlichen Streben sprüche eine wichtige Einschränkung christlicher Gewerkschafter. So anfangt sich die Röder Internationalität dazu doch nicht, als daß er nicht weißt, daß ja für die Zwecke der christlichen Gewerkschaft aufzutreten ist und darf, wenn die christlichen Gewerkschaften der christlichen Gewerkschaften zugehören. Dazu ist es wichtig, daß die Gewerkschaften die christlichen Gewerkschaften nicht annehmen. Das heißt, die Gewerkschaften, die christlichen Gewerkschaften, die nicht annehmen, sollten nicht annehmen. Das heißt, die christlichen Gewerkschaften, die nicht annehmen, sollten nicht annehmen.

Ende der Kesselfräsenbedeutung in Bremen

Am 2. September 1921 wurde auch die Bremische Kesselfräsenbedeutung gegründet. Diese gründete auf dem Boden des Bremischen Gewerkschaftsverbandes mehr für die Kesselfräsen-Gewerkschaften zu stehen und gab sich auch die größte Menge. Verhandlungen mit den Kesselfräsen anderer Orte bestanden. Die Stadt der Kesselfräsen hat nun die Kesselfräsen gegenüber, eine "Zunft" Jahren zu leben. Eine Verhandlung besteht nach einem Besuch des Stellvertreters Schäfer, der Kesselfräsen. Die Kesselfräsen traten dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und haben nun in seinem Verband ihre Sonder- und Rechte. Die Kesselfräsen erfreuen sich, falls es an anderen Orten ebenfalls benötigte Gruppen bestehen, dass Beispiel der Bremischen Kesselfräsen zu folgen.

Zur Beitragsregelung

Die Neuregelung der Beitragssachen, die der Vorstand anfangs des neuen Jahres vorgesehen haben will, ist zu begrüßen. Auch ist es ratsam, daß von den Mitgliedern hierzu eine Stellung genommen wird. In Nr. 48 der R.-Z. macht der Kollege Pawlowitsch einen Vorschlag. Über sein Vorschlag, eine zehnstufige Regelung vorzunehmen, ist wohl nicht annehmbar. Ich will an die Schwierigkeiten denken, die sich bei Klassierung der Unterhaltungssätze ergeben. Soll die deutliche Berechnung bei der zehnstufigen Beitragssache schon schwierig, wie würde dann erst die Berechnung der Klassifizierung bei einer zehn-, oder zwölfstufigen Regelung ausssehen? Weine Ansicht ist die, doch man bei der Neuregelung, wenn noch mehr Stufen geschaffen werden sollen, sich darin möglichst beschränkt. Und da wäre wohl mit ganz klaren Kriterien geleistet. Ich denke hier an die einzelnen Facharbeiter, wie man es bei Abschluß von Tarifen macht. Nach diesen verfahren, hören die Karten von selbst auf und die Bedenken der einen Klassifizierung ändern sich abgeschröckt. Die Eintheilung der weiblichen Mitglieder könnte wie bisher gelassen werden, indem man sie der Klasse ihrem Lohn entsprechend einträgt. Das wäre bei meinem Vorschlag die Klasse V und VI. Datum soll mein Vorschlag folgender sein:

Klasse I für alle Mitglieder über 21 Jahre,	von 19-21 Jahren,
II	18-19 . . .
III	17-18 . . .
IV	16-17 . . .

(In diese Klasse könnte man alle über 16 Jahre alten weiblichen Mitglieder einreihen.)

Klasse VI für alle Mitglieder von 15-16 Jahren,	14-15 . . .
VII	14-15 . . .

VIII niedrig entlohnte Lehrlinge und Kindarbeiter.

Diese Regelung ist meines Erachtens nicht so schwierig, wie der Vorschlag von Pawlowitsch. Außerlich wird wohl die Klasse II. Hier halte ich es nicht für nötig, die Jahrgänge zu trennen, dies aus dem Grunde, weil der Verdienst der beiden Altersstufen proportional nicht sehr verschieden ist. Die anderen Klassen sind so, wie man sie meistens bei Tarifabschlüssen hat. Auch von Härten kann jetzt nicht mehr gesprochen werden, weil jedes Alter nach seinem Verdienst eingereicht ist. Ferner läßt sich auch bei den drei neu hinzugekommenen Klassen die Berechnung der Unterhaltungssätze leicht bewerkstelligen. Die Schwierigkeiten sind aus dem Weg geräumt, weil ja der Schlüssel der Unterhaltungssätze vorhanden ist und es können lediglich kleine Verschiebungen in Betracht. Hierdurch würde ein gutes Stück Arbeit gespart, auch die Kontrolle ist leichter, weil jedes Mitglied, außer Klasse II, schwierig jedes Jahr in eine andere Klasse muss. Es würde den Unter- wie den Hauptklassen viel Arbeit sparen.

August Schäffer, Bremen.

Beitragsfreiheit während des Wochengeldbezugs

Eine für weibliche Verstärker wichtige Entscheidung hat das Reichsversicherungsamt gefällt. Gemäß § 383 Abs. 2 RVO sind bei Arbeitseinsätzen keine Beiträge zu zahlen. Das gleiche gilt während der Bezug des Wochen- und des Schmangeneinzuges. Die Streitfrage war nun, ob die Worte „Das gleiche gilt“ bedeuten, daß bei Arbeitseinsätzen keine Beiträge zu entrichten sind oder ob sie für die ganze Zeit des Wochengeldbezugs gelten.

Das Reichsversicherungsamt hat sich in einer Entscheidung (Min. Röhr. d. RVA Nr. 8 S. 352) auf den leichteren Standpunkt gestellt. Begründend führt es aus: Während der Zeitung des E. 54 a des früheren RVG war allgemein anerkannt, daß der Bezug der Wocheneinsatzunterstützung ohne weiteren Beurteilung der Vermögenslage gleichzeitige Beitragsfreiheit geschieht. Dies entspricht auch die Vorschrift des § 137 Abs. 6 der Reichsversicherungsordnung, wonach Wochenerlösen während einer bestimmten Zeit nicht belastigt werden dürfen. Demgemäß sei jedes Wochenerlös während des Beuges des Wochengeldes von der Beitragsentrichtung befreit, ohne Rücksicht darauf, ob sie arbeitsfähig ist. Diese Art der Wochenerlöse ist (§ 122 Abs. 2 RVO). Da der Bezug des Wochengeldes eine Wochenerlös darstellt, so es für eine Zeit vor oder nach der Entbindung geahnt wird, wird der gleiche ist, so lange die bei der Entbindung erfolgende Zahlung der zweitwöchigen Leistungen in einer Summe tatsächlich nicht anders gewertet werden als die nach der Riederkunft gewertet für mindestens weitere sechs Wochen.

Nach dieser Entscheidung sind also weibliche Verstärker, die entbunden haben, für 10 Wochen vor der Beitragsentrichtung bestreikt.

Teures Metallgeld

Unter dieser Spalte bringen wir in Nr. 45 eine Tafel, wonach festgestellt wird, daß in Zeiten wirtschaftlicher Belastung die Ausprägung von Metallgeld höchst wirtschaftlich sei, denn man nehme sich immer mehr dem Zeitpunkt, wo der Metallwert des Geldes höher sei als seine Kaufkraft, was zur Folge habe, daß das Metallgeld gehemmt werde, darum müsse es unbedingt weiter vermittelten Staatswirtschaft mit der Ausprägung von neuem Metallgeld unabdingt erweichen werden. Daß diese plante wirtschaftliche Selbstverhinderlichkeit nicht von jedermann für richtig gehalten wird, läßt ein Schreiben vermuten, das aus dem Kollegen Röhr, dem ersten Vorsitzenden des Betriebsrates der Stahlwerke Bremen, zugibt. Er meint, die Ausprägung von 5-, 10- und 50-Ri. Stücken sei für das Reich trotz der hohen Metallpreise und Preissteigerungen ein einträglicher Geldhof gewesen, da die Metalle zu Preisen eingekauft werden, die weit vor dem Marktpreis im August Gelangt haben. Das Reich hat also nicht Gold angekauft, sondern umgekehrt, was in der Regel, das Geschäft haben mit Rüstungsgeld zu verhandeln, durch die Schuld der Hammer nicht erreicht worden. Da finden wir also jetzt, da beim Betriebsteuerabfinden der Stahlwerke Bremen bestimmt, was wir befürchteten, nämlich daß die Gelangung für die Zeit, das heißt für die Hammer sei. Jetzt weißt er, es sei angebracht, ein konventionelles und logistisches einwandfreies Gelangungsmittel aus Metall anstelle des schwierigen, unzureichenden Papiergeldes zu schaffen. Diese keine Meinung überzeugt der Betriebsratsvorsitzende aber selbst, indem er bestätigt, daß ja diese gefahrlos wirtschaftliches Gold in die Taschen der Hammer verholt, ganz abgesehen davon, daß es keine Geldstücke im Geschäftsbüro eine Bedeutung überhaupt nicht mehr habe. Man kann die Tasche brechen und können wie man will, die Ausprägung von 5-, 10- und 50-Ri. Stücken ist jetzt in der Zeit der wahren Gelangung eine erge Bezeichnung, die auch nicht bilden entwidigt werden kann, doch hat Metall zu niedrigen Preisen gekauft werden müssen die Wirtschaft ganz erschöpft und ihren Arbeitern, sonst sie nicht unbedingt bestmöglich werden können, der volle Lohn gemacht, es kann immer noch viel wirtschaftlicher, als den letzten Schritt lange zu teuren und teuren Metall zu verzögern. Denn der Betrieb kann im Grunde doch nur und das Stück wird ja doch nie verzögert, um die Tasche der Hammer zu füllen.

Der Schlosser Paul Breitling, geb. 11. April 1892 zu Bremen, Mitgliedsbuch Nr. 8178070, wird hierdurch aufgefordert, seine Verpflichtungen gegen die Verwaltungsstelle Krupp am nächsten Tag abzulegen. Verwaltungsstelle, denen der Aufenthalt des R. bekannt ist, werden gebeten, dessen Adresse dem Geschäftsführer Rommel Strobl 8 in Malapane anzugeben.

Der Betrieb.

Einzelne Anleitung, um sich gründige Schulung und Erfahrung, die Voraussetzung erfolgreicher Gewerkschaftsaktivitäten zu erhalten. Ein Kapitel über die Form des Vertrages und eine Materialanlage für alle für die Arbeiterschaft in Betracht kommenden Gebiete vollständigen die Schrift.

Der zweite Kreislauf des Werdens. Beobachtungen über das Schicksal der Ehe und des Lebens. Mit 36 Abbildungen von Hugo Flöte. Verlag für Wissenschaft, Kunst und Bildbildung, Theodor Thomas, Leipzig, Königstraße 2. - Leuchtende Liebe, leidende Lust, mit diesem Spruch ist das ewige Werden und Vergessen geschildert und diese Worte macht der Verfasser zum Leitmotiv seiner Gedanken. Sieht er den Hauptteil auf vollständige, naturwissenschaftliche Darstellung gelegt.

Bergbauaufsichtliche Berufsschule. Bericht über den bergbauaufsichtlichen Schultag, abgehalten in der Hütte der Oberrealschule I in Bremen am 25. September 1921, nebst Gelehrtes, Anhang und Anlagen. Herausgegeben vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bremen. Preis.

Mitteilungen des Vorstandes

mit Sonntag den 17. Dez. ist der 51. Wochenbetrag für die Zeit vom 17. bis 23. Dezember 1922 fällig.

für den in Nr. 88 der Metallarbeiter-Zeitung aufgeführten Posten eines Belegschaftssekretärs für den Bezirk Nürnberg wurde der Kollege Paul Kneißinger, Nürnberg, gewählt. Den übrigen Belegschaften bestehen Dank.

Die Gehälter für Freiwilligmitgliedsbücher betragen ab 15. Dezember 1922 einschließlich Porto:

für ein Freiwilligmitgliedsbuch 150 Ri.

eine Freiwilligmitgliedskarte 73 .

Bei Bestellung von Freiwilligbüchern und -Karten sind die üblichen Belegschaftsformulare zu berücksichtigen. Der Beitrag ist in Kaschesscheine beizustellen. Briefmarken und städtische Geldscheine können nicht in Zahlung genommen werden.

Die Erhebung von Belegschaften wird nach § 8 Abs. 7 des Verbandsstatut folgenden Verhältnissen in der angegebenen Höhe geschahlt:

Verwaltung	Der Beitrag über der Beitragsstufe:						Vergleichs- ziffern zur Vorperiode
	I	II	III	IV	V	VI	
Bremen	5,-	5,-	—	—	—	—	16. Stadt
Herdbrück	25,-	20,-	10,-	5,-	2,-	—	—
Halbe a. S.	25,-	20,-	20,-	—	5,-	5,-	—
Kempten	25,-	20,-	20,-	15,-	5,-	5,-	—
Königsberg	25,-	20,-</td					